Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1916 Nr. 593 — für Anhalt und Thüringen. — Jahrgang 209

Bezugspreis für Halle u. Vororte 3.35 M. Durch die Post bezogen 3.50 Mk. für das Vierteljahr, monatlich 1.20 Mk. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich dreizehnmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Heftlesebdell.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbell.), Landw. Mitteilungen, Jllustr. Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die siebengespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 30 Pfennig, Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen. Postscheckkonto Leipzig Nr. 20512.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 7801 (während der Geschäftsstunden). Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5610. Geschäftsstelle 5608 und 5609.

Dienstag, 12. Dezember 1916

Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung: Bernburger Straße 30. — Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale).

Amerikanischer Protest wegen Belgien

Hindenburg bittet den Kaiser, das Großkreuz des Eisernen Kreuzes anzulegen

Berlin, 11. Dezember. (Amtlich.) Generalfeldmarschall v. Hindenburg richtete heute nach dem täglichen Vortrage über die Kriegslage als ältester aktiver General der preußischen Armee an Se. Majestät den Kaiser im Namen des Heeres die Bitte, das Großkreuz des Eisernen Kreuzes Allerhöchst selbst anlegen zu wollen. Der Generalfeldmarschall führte dabei aus, wie sehr das Heer seinem Obersten Kriegsherrn in dieser großen Zeit zu danken habe. Se. Majestät geruhten hierauf, der Bitte des Feldmarschalls zu entsprechen.

Einzelheiten zur zweiten Amerikareise der „Deutschland"

Bremen, 11. Dez. Ueber die zweite Amerikareise des Handelstauchschiffes „Deutschland" erfährt Bösmanns Telegraphenbüro folgendes:

Auf der Ausreise herrschte fast dauernd stürmisches Wetter. Die Ankunft der „Deutschland" in New London erfolgte am 1. November um 11 Uhr nachts. Vertreter der Staatsverwaltung, der Handelskammer u. a. erschienen am Morgen und begrüßten Kapitän König und die Besatzung. Die Untersuchung des Schiffes auf seinen Charakter war schnell beendigt. Die Behörden veranstalteten zu Ehren der Besatzung größere Festlichkeiten, wobei in den Reden auf die kommerzielle Bedeutung des Ereignisses, hingewiesen und der deutschen Initiative besondere Anerkennung gezollt wurde. Ohne daß die Oeffentlichkeit eine Ahnung davon hatte, trat die „Deutschland" am 17. November die „Heimreise" in Begleitung zweier Schlepper an. Die Fahrt ging anfänglich glücklich vonstatten. Race Point auf Fisher Island war passiert, als plötzlich der eine Schlepper aus noch nicht aufgeklärter Ursache seinen Kurs änderte. Die „Deutschland" konnte nicht mehr rechtzeitig ausweichen und rannte direkt mit ihrem Steven auf den Schlepper, der innerhalb 10 Sekunden mitsamt seiner Besatzung in den Fluten versank. Die Deutschland fuhr unter eigenem Dampf sofort nach New London zurück, wo der Schaden in kurzer Zeit ausgebessert wurde, so daß das Schiffe bereits am 21. November nach Hinterlegung einer Summe von 87 000 Dollars seine Fahrt wieder antreten konnte und am 10. Dezember vor der Wesermündung eintraf. Die „Deutschland hat sofort mit der Löschung ihrer Ladung begonnen.

Erfolgreicher deutscher Gegenstoß gegen Portugiesisch-Ostafrika

Bern, 10. Dez. Aus Lissabon wird amtlich gemeldet: Die Deutschen eröffneten Artilleriefeuer auf das linke Rovuma-Ufer. Sie besetzten die Stellung von Nangadi, die die Portugiesen in guter Ordnung ohne Verluste geräumt hatten.

Der „Temps" kommentiert diese Meldung folgendermaßen: Anscheinend haben die Deutschen in Ostafrika Kräfte zusammengezogen, um die von Mozambique ausgehende portugiesische Offensive zum Stehen zu bringen. Das 16 Kilometer nördlich von dem Grenzflusse Rovuma liegende Fort Nessala haben die Deutschen bereits zurückerobert. Seine Besatzung, die sich auf das Südufer des Rovuma nach Nongadi hatte zurückziehen können, mußte nun infolge der deutschen, auf portugiesisches Gebiet getragenen Offensive auch diese Stellung räumen.

Die in der vorstehenden Meldung erwähnte portugiesische Stellung Nangadi liegt etwa 10 Kilometer südlich vom Rovuma auf portugiesischem Gebiet, also auf dem rechten Ufer des Rovuma. Von ihr ging seinerzeit die mit so großem Geschrei angekündigte portugiesische Offensive gegen den Süden von Deutsch-Ostafrika aus. Nangabi liegt übrigens nicht etwa direkt südlich von Nessala, dem Ort der ersten gemeldeten portugiesischen Niederlage, sondern etwa 75 Kilometer östlich davon nach der Küste des Indischen Ozeans zu. Der deutsche Gegenstoß gegen Portugiesisch-Ostafrika scheint also einen weit größeren Raum zu umfassen, als die portugiesische amtliche Meldung zugeben möchte.

Versenkt

Bern, 11. Dez. „Echo de Paris" meldet: Die französische Goelette „Indiana" wurde versenkt, die Besatzung gerettet.

Berlin, 11. Dez. Wie wir erfahren, ist der kürzlich eingeschleppte Dampfer „Rio Pardo" ein brasilianischer Dampfer in Größe von 975 Tonnen, der sich auf dem Wege von Holland nach England befand und mit 700 Tonnen Lebensmitteln, darunter Speck, Margarine und Käse, beladen war. Auch der ebenfalls eingeschleppte holländische Dampfer „Caledonia", welcher 800 Tonnen groß ist, war zum Teil mit Lebensmitteln, zum Teil mit Baumwolle, Seife und Wolle beladen. Die Lebensmittel sind beschlagnahmt und dem Heeresbedarf zugeführt worden.

2 große feindliche Transportdampfer im Mittelmeer versenkt

Berlin, 11. Dez. Von unseren Unterseebooten sind im östlichen Mittelmeer am 28. November und am 3. Dezember zwei etwa 5000 bis 6000 Tonnen große, mit Kriegsmaterial beladene feindliche Transportdampfer versenkt worden. Beide Dampfer waren bewaffnet und von Zerstörern begleitet.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 11. Dezember, abends. (Amtlich.) Während Somme heute ruhiger blieb, lebte Artilleriekampf auf Maasostufer auf.

An Ostfront Siebenbürgens scheiterten starke Russenangriffe, die auf unser schnelles Vorwärtskommen in der großen Walachei ohne Einflüsse blieben.

Im Cernabogen sind neue Angriffe der Serben und Franzosen blutig und ergebnislos zusammengebrochen.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 11. Dez. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen

Die verbündeten Streitkräfte bringen trotz Wetterungunst, schlechten Wegen und stellenweise neu auflebenden feindlichen Widerständen weiter vor. Oesterreichisch-ungarische und deutsche Truppen haben bei Naceanu, nordöstlich von Bukarest, den Jalomite-Uebergang erkämpft.

Heeresfront des Generaloberst Erzherzog Joseph

In den Karpathen rennen die Russen trotz schweren, blutigen Verlusten, die in den letzten Wochen gering geschätzt mindestens 30000 Mann betragen haben, immer wieder erfolglos gegen unsere Stellungen an. Die Armee des Generals v. Arz schlug im Grenzabschnitt westlich und nordwestlich von Cona abermals mehrere Vorstöße ab. Bei der Armee des Generals von Koeveß und beiderseits der Straße Valeputna—Jakobeny, wo der Feind seit Beginn seiner Entlastungsoffensive gegen die Truppen der Generale von Habermann und v. Scheuchenstuel mit besonderer Zähigkeit Sturm läuft und im Raume nördlich des Tartarenpasses wird erbittert gekämpft. Alle Opfer der Russen waren vergeblich.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern

Nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Die Reichskanzlerrede

Berlin, 11. Dez. Der Reichskanzler hat heute vormittag die leitenden Minister der Bundesstaaten, soweit sie nicht bereits unterrichtet sind, empfangen und ihnen nähere Mitteilungen gemacht. Morgen früh wird der Kanzler die Vorsitzenden der Fraktionen bei sich sehen. Die Fraktionen selbst werden sich in den Mittagsstunden vor der Vollsitzung versammeln. Die Rede des Reichskanzlers wird etwa eine halbe Stunde dauern. Eine Erörterung dürfte sich an sie nicht anschließen, vielmehr soll die Sitzung sofort nach der Rede geschlossen werden.

Weihnachtsgruß der Heimat an die Front

Berlin, 11. Dez. Neben dem Glückwunsch des Kaisers wird der Vaterländische Frauenverein und die ihm angeschlossenen Landesvereine in den nächsten Tagen eine Weihnachts-Feldpostkarte zum Verkauf bringen. Die mit weihnachtlichem Bildschmuck ausgestattete Karte soll als einmalige Kundgebung der Heimat den Dank an unsere tapferen Feldgrauen zum Ausdruck bringen. Die Karte trägt die handschriftlich wiedergegebene Widmung der Kaiserin: „Meine innigsten Wünsche und Gebete begleiten diesen Gruß der Heimat an die tapferen Helden im Felde." Der Erlös ist für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen bestimmt.

Amerika und die belgische Arbeiterfrage

Die Ueberführung belgischer Arbeitsloser nach Deutschland

Berlin, 11. Dez. (Drahtbericht.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" meldet: Ueber die Wegführung belgischer Arbeiter hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hier folgende Mitteilung übergeben lassen:

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mit größter Besorgnis und mit Bedauern von der Politik der deutschen Regierung Kenntnis erhalten, wonach ein Teil der Zivilbevölkerung aus Belgien weggeführt und zwangsweise zur Arbeit in Deutschland angehalten werden soll, und sieht sich genötigt, in freundschaftlichem Geiste, aber in feierlichster Weise gegen ein solches Vorgehen Einspruch zu erheben, das mit allem Herkommen und humanen Grundsätzen des internationalen Brauches in Widerspruch steht, die seit langem von den zivilisierten Nationen bei der Behandlung von Nichtkämpfern in besetzten Gebieten angenommen und befolgt wurden. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist ferner überzeugt, daß die Wirkung dieser Politik, falls sie fortgesetzt werden sollte, nach aller Wahrscheinlichkeit für das belgische Hilfswerk, das in so humaner Weise gedacht und so erfolgreich zur Durchführung gebracht wurde von Nachteil sein wird, eine Folge, die allgemein bedauert und, wie anzunehmen ist, auch die deutsche Regierung in ernstliche Verlegenheit bringen würde.

Auf diese Note wurde der Regierung der Vereinigten Staaten heute nachstehende Antwort übermittelt:

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat gegen die Verbringung belgischer Arbeiter nach Deutschland und gegen deren zwangsweise Heranziehung zur Arbeit Verwahrung eingelegt, indem sie von der Ansicht ausgeht, daß diese Maßnahmen mit den Grundsätzen der Menschlichkeit und den internationalen Gebräuchen bei der Behandlung der Bevölkerung besetzter Gebiete nicht vereinbar seien. Die deutsche Regierung glaubt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über den Grund und die Tragweite der Maßnahme nicht zutreffend unterrichtet ist und hält es daher für angezeigt, zunächst den Sachverhalt näher darzulegen.

In Belgien greift seit geraumer Zeit die Arbeitslosigkeit unter den Industriearbeitern in erschreckender Weise um sich. Dieses Ueberhandnehmen der Arbeitslosen ist auf die englische Absperrungspolitik zurückzuführen, die die belgische Industrie von der Einfuhr der Rohstoffe und der Ausfuhr ihrer Fabrikate abgeschnitten und so den größten Teil ihrer Betriebe zum Stillstand gebracht hat. Hierdurch wurde beinahe der Hälfte der belgischen Fabrikarbeiter, deren Gesamtzahl etwa 1 200 000 beträgt, die Erwerbsmöglichkeit völlig genommen, und weit mehr als eine halbe Million Belgier, die ehemals durch Arbeit in der Industrie ihren Lebensunterhalt verdienten, wurden auf die öffentliche Unterstützung angewiesen; diese Zahl erhöht sich durch die Zurechnung der Familienmitglieder beinahe auf das Dreifache, also rung anderthalb Millionen Menschen. Ein solcher Zustand machte sowohl vom Standpunkte der belgischen Volkswirtschaft, die durch die Arbeitslosen eine unerträgliche Belastung erfährt, als auch vom Standpunkte der öffentlichen Ordnung und Moral, die durch die allgemeine Arbeitslosigkeit und ihre Begleiterscheinungen auf das schwerste gefährdet werden, eine durchgreifende Abhilfe aufs dringendste erforderlich. Diese Notwendigkeit wurde auch von einsichtsvollen Belgiern seit langem anerkannt und betont. Bei dieser Sachlage hat der Generalgouverneur in Brüssel am 15. Mai 1916 eine Verordnung erlassen, wodurch Personen, die öffentliche Unterstützungen genießen und ohne hinreichenden Grund die Uebernahme oder Fortsetzung einer ihrem Leistungsvermögen entsprechende Arbeit ablehnen, mit Freiheitsstrafen oder Arbeitszwang bedroht werden. Infolge des Daniederliegens der belgischen Industrie war es nicht möglich, der Gesamtheit der Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit oder wenigstens angemessene Beschäftigung in Belgien selbst zu verschaffen. Es blieb daher nichts übrig, als ihnen Arbeit in Deutschland anzuweisen, wo bereits eine große Anzahl belgischer Arbeiter freiwillig tätig ist und sich bei hohen Lohnsätzen und weitgehender Bewegungsfreiheit durchaus wohlfühlt. Gegen diejenigen Arbeitslosen, die ihrem Beispiel nicht folgen, kommt der Arbeitszwang zur Anwendung.

Diese Maßnahme steht mit dem Völkerrecht vollkommen im Einklang, denn nach Artikel 43 der Haager Landkriegsordnung hat die besetzende Macht für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Lebens in dem besetzten Gebiete Sorge zu tragen und zu diesem Zwecke, soweit die Landgesetze versagen, durch ergänzende Anordnung einzugreifen. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gehört aber zweifellos, daß Arbeitsfähige, soweit irgend möglich, nicht der öffentlichen Wohltätigkeit zur Last fallen und durch ihren Müßiggang eine förmliche Landplage bilden, sondern zur Arbeit angehalten werden.

Bei der Durchführung der Maßnahme ist ohne Härte und mit aller peinlichen Rücksicht verfahren worden. Wenn bei der Auswahl der nach Deutschland geführten Personen vereinzelte Versehen vorgekommen und insbesondere auch Leute einbegriffen worden sind, auf die die Voraussetzungen der Verordnung vom 15. Mai 1916 nicht zutreffen, so hängt das damit zusammen, daß sich die belgischen Behörden häufig der Mitwirkung der Aufstellung der Listen der Arbeitslosen entzogen oder unrichtige Angaben machten. Es ist Fürsorge getroffen worden, daß solche Versehen so schnell wie möglich wieder gut-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191612122-13/fragment/page=0001

gemacht werden, denn es wird mit allem Nachdruck daran festgehalten, daß nur solche Personen nach Deutschland verbracht werden, die öffentliche Unterstützung beziehen, in Belgien keine Arbeit finden und die ihnen in Deutschland nachgewiesene Arbeit ablehnen.

Die nach Deutschland gebrachten Arbeitslosen werden von Sammelstellen aus, die in Altengrabow, Guben, Kassel, Meschede, Münster, Soltau und Wittenberg eingerichtet sind, nach den Arbeitsstellen gebracht, wo sie in landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben beschäftigt werden. Dabei sind selbstverständlich Arbeiten ausgeschlossen, zu denen eine feindliche Bevölkerung völkerrechtlich nicht gezwungen werden darf. Wenn die amerikanische Regierung Wert darauf legt, wird es einem Vertreter ihrer hiesigen Botschaft gern gestattet werden, sich durch einen persönlichen Besuch über die Verhältnisse, unter denen sich die Leute befinden, zu informieren.

Die deutsche Regierung bedauert es außerordentlich, daß durch die lügnerische Preßhetze ihrer Feinde die vorstehend dargelegten Verhältnisse völlig entstellt worden sind. Ebenso würde sie es — und zwar nicht zum wenigsten im Interesse der belgischen Bevölkerung — sehr bedauern, wenn durch diese Entstellung die segensreiche Tätigkeit der Reliefkommission irgendwie beeinträchtigt werden sollte.

Schließlich kann die deutsche Regierung nicht umhin, auf die Tatsache hinzuweisen, daß die Fortführung der deutschen Bevölkerung aus den von feindlichen Truppen besetzten Teilen Deutschlands und seiner Kolonien, insbesonder die Verschleppung von Frauen, Kindern und Greisen aus Ostpreußen nach Sibirien, den neutralen Staaten, soweit hier bekannt ist, keinen Anlaß gegeben haben, bei den beteiligten Regierungen ähnliche Schritte zu tun, wie jetzt Deutschland gegenüber unternommen worden sind. Und doch kann es keinem Zweifel unterliegen, daß diese Maßnahmen eine gröbliche Verletzung der Gesetze der Menschlichkeit und der Regeln des Völkerrechts darstellen, während nach den vorstehenden Darlegungen sich die deutschen Maßnahmen mit diesen Grundsätzen durchaus im Einklang befinden.

Eine stürmische Kammersitzung in Frankreich

Heftige Anklagen gegen die französische Regierung

Bern, 11. Dez. Bei den französischen Kammerverhandlungen am Sonnabend brachte Jhmoge Mißstände bei den Kolonialtruppen zur Sprache. Anschließend sprach Noux Costadeau. Er führte aus, er werde gegen das Budget stimmen, so lange Frankreich nicht die richtige Kriegsregierung habe. Sowohl die Regierung, die den Krieg entfesselte, als jene, die ihn nicht zu beenden verstehe, taugten nichts. Die Regierung habe nur für einen haltlosen, gleichgültigen Optimismus gesorgt. Schwere Gefahren drohten Frankreich. Man verlange von der Kammer immer nur Milliarden, was zur Erschöpfung und zum Verfall Frankreichs führen müsse. Auf verschiedene Einwände, der Redner solle bei der Sache bleiben, erwiderte Noux Costadeau, seit mehreren Jahren fable man davon, daß man zur Rettung des Vaterlandes schreiten müsse. Alle Welt habe geschwiegen, in der Presse aber lüge man auf Befehl mit unglaublichem Cynismus. Als der Kammerpräsident den Redner darauf aufmerksam machte, daß er eine solche Sprache unterdrücken solle, fuhr Costadeau fort, die Einrichtung der Zensur sei ein verräterischer Staatsstreich gegen das Vaterland. Man dürfe die große Nation nicht mit Hirngespinsten obfüttern. Sodann kam der Redner auf die ungeheuren Verluste zu sprechen, die die Zukunft der französischen Rasse in Frage stellten. Auf verschiedene Einwände erwiderte der Redner, er wolle, daß Frankreich siege, aber mit dem geringsten Einsatz an Opfern. Bei der Fortsetzung der Rede Costadeaus, die eine Anklage gegen England war, kam es zu heftigen Tumulten, so daß der Kammerpräsident auf Beschluß der Kammer Costadeau das Wort entzog, der unter lautem Protest die Rednertribüne verließ.

Die Fachleute im neuen englischen Ministerium

London, 10. Dez. (Reuter.) Das Kabinett wird nur aus den fünf Mitgliedern des Kriegsrats bestehen. Die anderen Minister werden sich ausschließlich ihren Ministerien widmen. Großes Gewicht wird darauf gelegt, daß bekannte Geschäftsleute dem Ministerium angehören. Lord Rhondda ist Kohlenmagnat aus Wales, der dem Munitionsministerium große Dienste geleistet hat. Er hat zu Beginn des Krieges in den Vereinigten Staaten und Kanada die Munitionslieferungen eingerichtet. Sir Albert Stanley, Direktor der Londoner Untergrundbahnen, hat sich auf dem Gebiete des Transportwesens Verdienste erworben. Eine der interessantesten Ueberraschungen des neuen Kabinetts ist die Ernennung des Schiffahrtskontrolleurs Maclay, der ein bekannter Glasgower Reeder und Fachmann auf dem Gebiete der Frachtfragen ist.

London, 10. Dez. „Sunday Times" schreibt, es herrsche eine gewisse Enttäuschung über die Zusammensetzung des neuen Kabinetts. Lloyd George habe eine schöne Gelegenheit versäumt. Das Land brauche eine Regierung der Tat. Wäre der Premierminister kühn genug gewesen, bei Besetzung aller Stellen nur auf Tüchtigkeit der Personen zu achten, so hätte er auf die aufrichtige Unterstützung des Unterhauses und des Landes rechnen können. Aber die Politik habe wieder einmal den Ausschlag gegeben. An die Spitze der Ministerien, die für den Krieg die wichtigsten seien, seien gegenüber den Fachmännern Deutschlands Amateure berufen worden.

Sofia, 11. Dez. Zum Regierungswechsel in England schreibt das demokratische Organ „Preporetz", die Berufung Lloyd Georges bedeute für den Vierbund, daß auch durch Taten, nicht bloß durch Worte, ein starker Gegner niedergerungen werden müsse. Die Drohungen des Premierminister Lloyd George hinsichtlich Konstantinopel dürften auch an der mazedonischen Front fühlbar werden.

Unsere Lebensmittelversorgung

Mit Rücksicht auf die Kartoffelmiete und die Schwierigkeiten des Transportes wird, wie verlautet, vom 1. Januar 1917 ab die Streckung der Getreidevorräte durch Kartoffeln aufhören. Gerste soll als Ersatz stärker zum Verbrauch herangezogen werden. Dieses will man durch Herabsetzung des Kontingents der Brauereien erreichen. Daß wir aber mit den vorhandenen Vorräten an Kartoffeln bis Mitte Juli nächsten Jahres, wo die Frühkartoffeln wieder am Markte erscheinen werden, ausreichen, dafür ist Vorsorge getroffen. Von Februar an ist die Erhöhung der Fleischrationen beabsichtigt. Für Obst, Gemüse, Gänse und andere Lebensmittel sind für das nächste Jahr Lieferungsverträge in Aussicht genommen.

Wie es der Vierverband in Griechenland treibt

Für den Hauptzweck des Auftretens des Vierverbandes in Griechenland erklärte der türkische Militärattaché in Stockholm, Oberstleutnant Mumtaz Bei, der sich lange Zeit dienstlich in Griechenland aufgehalten hatte und erst vor wenigen Wochen von dort wegging, einem Vertreter des „Aftonbladet", daß man das griechische Heer zu einem Eingreifen gegen die Zentralmächte auf dem Balkan habe bewegen wollen. Um einen Druck auf die griechische Regierung auszuüben, wurde behauptet, daß Griechenland Getreide nach Bulgarien und nach der Türkei ausführe. Dies war aber nur ein Vorwand. Vielmehr mußte umgekehrt Griechenland sich an Bulgarien wenden, um von dort Getreide zu erbitten. Es ist auch den französischen und englischen Zoll- und Polizeibeamten, die allmählich ihre Kontrolle über das ganze Land ausdehnten, nicht gelungen, nur in einem einzigen Falle die Anklage des Vierverbandes zu beweisen, nach der deutsche U-Boote eine Basis an der griechischen Küste haben sollten. Trotzdem wurde der Druck immer mehr verstärkt. Dadurch wurde die Stimmung unter der griechischen Bevölkerung sehr erbittert gegen den Vierverband, aber durchaus nicht deutschfreundlich.

„Die Entente will es gern so dargestellt sehen," erklärte Mumtaz Bei, „daß alle, welche nicht unmittelbar im französischen Interesse sich einmehmen lassen, Deutschfreunde sind. Aber es ist doch in Wirklichkeit noch ein großer Unterschied, ob man für ein Volk Sympathien empfindet, wie die Griechen sie für Frankreich hatten, oder ob man nun auch für dies Volk kämpfen soll, wenn es nicht durch das eigene Interesse geboten ist. Verständige Kreise waren davon überzeugt, daß jede Teilnahme am Kriege den Ruin Griechenlands bedeuten würde. Außerdem war der griechische Generalstab nur allzu gut davon unterrichtet, wie die Verhältnisse in der zusammengewürfelten Armee der Entente in Saloniki standen. Dort kam es so weit, daß englische Soldaten ihre Ausrüstungen und mehrere Maschinengewehre an Griechen verkauften. Soldaten, die sich dessen schuldig gemacht hatten, wurden von der englischen Heeresleitung damit bestraft, daß man ihnen ein Jahr des Heeresdienstes aus ihren Papieren strich. Es gibt ein türkisches Sprichwort, welches sagt: „Es ist besser, Englands Feind als sein Freund zu sein." Seit Kriegsbeginn hat man ein neues Sprichwort in der Türkei, das folgendermaßen lautet: „Vor zwei Jahrhunderten verbrannten die Engländer die Jungfrau von Orleans, jetzt verbrennen sie ganz Frankreich." Daß die Freundschaft Englands Griechenland mehr gekostet hat, als seine Feindschaft, hat man nunmehr seit Monaten erfahren, dank der Beschlagnahme der griechischen Flotte, dank der Kontrolle über griechische Häfen und Eisenbahnen und dank der Beschlagnahme der Ausrüstung des griechischen Heeres. Französische und englische Zeitungen haben behauptet, daß all diese Verbrechen nur geschahen, um Griechenland zu zwingen, seine wohlmeinende Neutralität aufrechtzuerhalten. In Wirklichkeit zeigen sämtliche Verbrechen zweifelsohne das dauernde und unverrückbare Ziel, die griechische Armee auf die Seite der Verbündeten zu ziehen. Wenn jetzt die Mitteilung aus Athen kommt, daß Griechenland vor die Notwendigkeit gestellt wurde, die Gesandten der Mittelmächte einschließlich Bulgariens und der Türkei heimzusenden, so ist dies noch als ein letzter Versuch aufzufassen, den Widerstand des unglücklichen Landes durch vollkommene Isolierung zu brechen. Nach dem Experiment der Anhänger des Venizelos, das vollkommen mißglückt ist, versucht man auf diese Weise den König Konstantin und seine Regierung zu zwingen, die Söhne des Landes auf den blutigen Schlachtfeldern des Balkans für die Entente zu verwenden. Die ganze griechische Angelegenheit ist ein sprechendes Beispiel dafür, auf welche Weise sich England der Interessen und der Wohlfahrt der kleinen Staaten annimmt!"

Kriegsstimmung gegen den Vierverband in ganz Altgriechenland

Berlin, 12. Dez. In der Nähe von Athen sollen laut „B. Z." 20 000 Mann griechische Truppen marschbereit stehen.

Der Londoner Gewährsmann des genannten Blattes teilt mit, daß die neuen Regierungsmänner bestimmt mit dem Eingreifen Griechenlands zu Gunsten der Mittelmächte rechnen. Fast das ganze Land steht wieder auf Seiten des Königs.

Lugano, 11. Dezember. Nach einer Meldung aus Athen protestierte Griechenland gegen die Blockade der Entente. Die italienischen Vertretungen reisen ab. In ganz Altgriechenland herrscht eine gesteigerte Kriegsstimmung gegen die Entente. Infolge der rumänischen Ereignisse sind die römischen Kreise beunruhigt über die Möglichkeit drohender Verwicklungen. Die Interventionisten fordern die sofortige Besetzung der Eisenbahn Patras-Larissa und die vollständige Entwaffnung der ganzen griechischen Armee.

Bern, 11. Dez. Auch die „Agence Havas" meldet: Die griechische Regierung erhob gegen die Verhängung der Blockade Widerspruch.

Die Verordnung über Ersparnis von Licht und Kohle

Früherer Schluß der kleinen Postämter

Berlin, 11. Dez. Wie es heißt, wird die Bundesratsverordnung, über die Ersparnis von Licht und Kohle morgen zur Veröffentlichung gelangen und übermorgen in Kraft treten. Vorläufig ist nicht beabsichtigt, eine Beschränkung des Verbrauches in Licht und Kohle für Privathaushaltungen anzuordnen, doch wird eine Beschränkung des Verbrauches in dieser Beziehung dringend gewünscht.

Wie verlautet, wird im Zusammenhang mit der neuen Bundesratsverordnung über den früheren Ladenschluß auch eine Aenderung im Schluß der Postämter eintreten derart, daß die kleineren Postämter je nach dem örtlichen Bedürfnis früher als bisher geschlossen werden. Dagegen werden, wie weiter verlautet, die großen Bahnhofspostämter eine Erweiterung ihres Dienstes über die bisherige Zeit hinaus erfahren.

Berlin, 11. Dez. In der heutigen Sitzung des Bundesrates wurde der Vorlage betreffend die Ersparnis von Brennstoff und Beleuchtungsmaterial angenommen.

Berlin, 11. Dez. Die für heute zu erwartende Bundesratsverordnung über die Einschränkung des Verkehrs wird morgen Dienstag Nacht um 12 Uhr in Kraft treten.

Die rumänische Kammersitzung verschoben

London, 10. Dez. Die „Times" meldet aus Jassy, daß die für den 8. d. Mts. festgesetzte Kammersitzung verschoben worden sei. Es kämen immer mehr Flüchtlinge aus Bukarest an, so daß Mangel an Lebensmitteln herrsche.

Preußischer Landtag

Abgeordnetenhaus

Sitzung vom 11. Dezember 1916.

Am Ministertische: Beseler.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz eröffnete die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten.

Der Gesetzentwurf betreffend die Ergänzung des Einkommensteuergesetzes wurde in der Fassung des Herrenhauses, das eine unerhebliche Abänderung vorgenommen hatte, ohne Debatte angenommen.

Gleichfalls ohne Debatte angenommen wurde in erster und zweiter Lesung der Gesetzentwurf betreffend den Vorsitz im katholischen Kirchenvorstand in Frankfurt a. M.

Es folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Abkürzung des juristischen Vorbereitungsdienstes für Kriegsteilnehmer und des Gesetzentwurfs über die Abkürzung des Vorbereitungsdienstes zum höheren Verwaltungsdienst für Kriegsteilnehmer.

Justizminister Beseler: Nach den Vorlagen soll der Vorbereitungsdienst der Referendare zum Justizdienst und zum höheren Verwaltungsdienst höchstens um ein Jahr abgekürzt werden. Ich habe mich deswegen bereits mit dem Kultusminister in Verbindung gesetzt und werde es auch mit den Universitäten tun. Inwieweit die Verwendung der Referendare im Kriegshilfsdienst in Anrechnung kommen soll, wird noch geprüft werden.

Abg. Macco (Natl.): Die Verwaltungsbeamten müssen in wirtschaftlichen Fragen gründlich unterrichtet werden.

Abg. Cassel (Fortschr. Vpt.): Bei der Versetzung in den höheren Verwaltungsdienst spielen bedauerlicherweise persönliche Beziehungen, Konfession usw. eine Rolle.

Nach kurzen Bemerkungen der Abgg. Dinslage (Ztr.), Hoarmann (Natl.), Frhr. v. Gamp (Freikons.) von Werder (Kons.) und eines Regierungskommissars wurden beide Vorlagen an die Justizkommission verwiesen.

Der Gesetzentwurf betreffend Abänderung des preußischen Gerichtskostengesetzes, der Gebührenordnung für Notare, Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher wurde in zweiter und dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Es folgte die zweite Beratung des Schätzungsgesetzes.

Die Kommission hat eine große Reihe von Entschließungen gefaßt, die teils eine Abbürdung der auf dem Grundbesitz lastenden öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen, teils Maßnahmen zur Erleichterung der Erhaltung von unbeweglichem Eigentum in derselben Hand und zum Schutze der Gläubiger dinglich gesicherter Forderungen bezwecken, außerdem wird die Regierung ersucht, Hausbesitzerkammern ins Leben zu rufen, und den zweiten Teil des Gesetzes über die Sicherung von Bauforderungen in Gemeinden, in denen nach amtlichen Ermittelungen Bauschwindel festgestellt wurde, auf die Dauer von 10 Jahren in Kraft setzen. Ferner wird die Einbringung eines Gesetzes gefordert, durch das Mittel bereitgestellt werden, um Gemeinden Hilfeleistungen zu ermöglichen für durch den Krieg und Kriegsmaßnahmen in Not geratene Hausbesitzer und für Kriegsteilnehmer oder deren Hinterbliebenen und sonstige durch den Krieg und Kriegsmaßnahmen in Not geratene Personen zwecks Abbürdung ihrer während des Krieges entstandenen Mietsschulden.

Abg. von Hebren (Kons.): Wir stimmen der Einfügung eines § 3a zu, wonach bei Schätzung von Grundstücken nach dem gemeinen Wert in erster Linie der Ertrag bei Grundstücken ohne oder mit verhältnismäßig geringem Ertrag der gezahlte Kaufpreis zu berücksichtigen ist. Wir begrüßen die auf unseren Antrag aufgenommene Bestimmung, daß es zu Landkreisen gehörenden Städten mit über 25 000 Einwohnern erlaubt ist, ein selbständiges Schätzungsamt zu errichten. Ich bitte um eine Erklärung über die Stellungnahme der Regierung zum Schätzungsamt.

Landwirtschaftsminister Frhr. von Schorlemer: Den Änderungen des Gesetzentwurfes in der Kommission stimme ich zu, bedauere aber, daß für die zweite Lesung noch eine Reihe von Abänderungsanträgen eingegangen ist, zu denen ich noch nicht Stellung nehmen kann. Die Beseitigung des § 20 betreffend den Schätzungszwang würde uns vor augenblicklich noch nicht übersehbare Schwierigkeiten stellen. Für eine zuverlässige Schätzung der städtischen und landwirtschaftlichen Grundstücke und für die Sicherstellung der Gläubiger wird der Schätzungszwang nicht zu vermeiden sein. Die Frage läßt sich erst nach Klärung der Lage des Geld- und des Grundstückmarktes nach Beendigung des Krieges übersehen.

Abg. Dr. Hager (Ztr.): Es ist fraglich, ob es den Interessen des Grundbesitzes entspricht, das Gesetz während des Krieges einzubringen. Der Westfälische Bauernverein, dem sich 16 deutsche Bauernvereine angeschlossen haben, hat sich gegen den Schätzungszwang ausgesprochen. Die Kommission verlangt mit Recht, daß die Taxen der Schätzungsämter für die Steuern nicht maßgebend sind, sie hat die Regelung für die in der Vorlage nicht besonders gut behandelte Reichshauptstadt verbessert. Die Taxen bei öffentlichen Schätzungen müssen zuverlässig sein, deshalb beantragen wir Erhöhung der Mündelsicherheit. Wir werden für den Schätzungszwang zu haben sein, wenn sich die Schätzungsämter erst eingelebt und bewährt haben. Gegen seine Einführung durch königliche Verordnung sind wir aber und halten nur gesetzliche Regelung für richtig.

Justizminister Beseler: Seit über 100 Jahren haben wir an dem Grundsatz festgehalten, daß die städtischen Grundstücke mündelsicher bis zur Hälfte beliehen werden. Die Sicherheit darf nicht gemindert werden durch Erhöhung der Grenze. Der Staat muß für das Wohl der Mündel sorgen. Der Antrag auf Erhöhung der Mündelsicherheit ist für die Regierung nicht annehmbar.

Abg. Graf Moltke (Freikons.): Wir stimmen den Kommissionsbeschlüssen zu.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.): Auch wir sind mit den Kommissionsbeschlüssen einverstanden.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr vertagt. Außerdem Gesetzentwurf betr. Stadtschaften.

Schluß gegen 5 Uhr.

Der französische Transportdienst

Berlin, 12. Dez. Vom 15. d. M. ab werden die kleinen Personendampfer der Seine fast völlig verschwinden, um in den Lazarettdienst eingereiht zu werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191612122-13/fragment/page=0002

20. Verbandstag des Verbandes der Baugenossenschaften Deutschlands

Halle, 11. Dezember 1916.

Unter zahlreicher Beteiligung von Vertretern der Deutschen Baugenossenschaften wurde gestern und heute im Gasthause zur Tulpe hier der 20. Verbandstag des Baugenossenschaftsverbandes abgehalten. Am Sonntag abend wurden in geschlossener Sitzung die geschäftlichen Angelegenheiten des Verbandes erledigt, woran sich wertvolle Mitteilung n aus den einzelnen Vereinen anschlossen. Ihren weiteren Ausdruck fanden diese Berichte zum Teil in den Vorträgen, die heute gehalten wurden. Zu dies r Versammlung hatten die Provinzialbehörden Vertreter entsandt, auch ausmärtige Staatsbehörden war n auf dem Verbandstage vertreten. Für den Magistrat der Stadt Halle war Bürgermeister Seydel erschienen.

In der heutigen Sitzung berichtete zunächst der Verbandsdirektor Landrat Berthold über „Krieger- und Kriegsbeschädigten-Ansiedlung": Der Redner brachte die Anerkennung der Tätigkeit der gemeinnützig n Bauvereine durch den preußischen Staat zur Kenntnis. Die Bauvereine und ihre Bestrebungen seien zu fördern. Der Staat will f lgt 20 Millionen hergeben zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues. In einer Hinsicht wird nach dem Kriege scharfer Wohnungsmangel eintreten, nämlich da, wo Industrien stark auftret n und große Arbeitermassen anziehen. Aber als übermäßig groß sieht der Redner die Gefahr der Wohnungsnot nach dem Kriege nicht an. In der öffentlichen Meinung wird jetzt vielfach von Krieger- und Kriegsbeschädigten-Ansiedlung gesprochen. Der Gedanke einer allgemeinen Kriegeransiedlung muß aber bei Seite geschoben werden; es sei ein unglückliches Schlagwort. Anders sei es mit der Kriegsbeschädigten-Ansiedlung. Doch auch nicht jedem Kriegsbeschädigten kann ein eigenes Heim gewährt werden. Nur solche können angesiedelt werden, die sich als geeignet erweisen zur Besiedelung in der inneren Kolonisation überhaupt. Es könnten jedoch besondere Vergünstigungen gewährt werden, die die Kosten der Ansiedlung herabmindern. Allgemeine Bestimmungen für die Kriegsbeschädigten-Ansiedlung können nicht aufgestellt werden, das richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen. Aber Eines ist nötig, daß dem Krieger zu seinem Heim auch Gartenland zugewiesen wird. Die Baugenossenschaften, die sich gewiß gern der Kriegsbeschädigten-Ansiedlung widmen werd n, sollen dabei nicht veranlassunen, für Zuweisung eines Stückes Land zu sorgen.

Im Sinne der Ausführungen des Redners wird folgende Entschließung angenommen:

„Der Verbandstag d r Baugenossenschaften Deutschlands begrüßt mit Freude die Einbringung des Entwurfes eines Wohnungsgesetzes im preußischen Landtage und erhofft dessen baldige Verabschiedung. Er ist darüber für die Absicht der Kgl. Staatsregierung, die gemeinnützige Bautätigkeit finanziell zu unterstützen, wie nicht minder für die anerkennenden Worte, welche in der Begründung des Gesetzentwurfs den bisherigen Leistungen der gemeinnützigen Bautätigkeit — d. i. in der Hauptsache der Leistungen der Baugenossenschaften — gewidmet werden.

Die Baugenossenschaften sind gern bereit, nach besten Kräften mitzuarbeiten bei der Bewältigung der großen Aufgaben, die nach Beendigung des Krieges auf dem Gebiet der Kleinwohnungsfürsorge dem deutsch n Volk gestellt sein werden, und sie erwarten, daß man sich wie bisher über in erster Linie bedienen wird, um die Herstellung von Kleinwohnungen zu förd rn, unter Aufrechterhaltung ihrer bewährten Grundsätze: daß bei der Wohnungsbeschaffung die Wohnungsbedürftigen maßgebend mitzuwirken haben und daß ihre Geschäftsführung durch die strenge Selbstverwaltungskontrolle der Verbandsrevisionen in Ordnung gehalten werden muß."

In der Aussprache wurde noch darauf hingewiesen, daß an den Grundsätzen für die Arbeit der Baugenossenschaften nichts ändert werden soll.

Nunmehr berichtete der Verbandsanwalt Dr. Crüger-Charlottenburg über den Einfluß des Krieges auf das Genossenschaftswesen. Vorerst betrachtete er das allgemeine wirtschaftliche Leben, seine Entwicklung und seine Gestaltung. Die allgemeinen wirtschaftlichen Gesetze sind während des Krieges nicht ganz Wirksamkeit getreten. Viele von den wirtschaftlichen Gestaltungen würden allerdings anders aussehen, wenn man von vornhereien auf die lange Dauer des Krieges gerechnet hätte. Ganz unvorbereitet zwar war man auch in wirtschaftlicher Beziehung nicht. Indes hatte man nicht eine so lange Dauer des Weltkrieges erwartet. Der Vortragende kennzeichnete hierauf die wirtschaftliche Entwicklung, die Streckung der Lebensmittel, die Festsetzung der Höchstpreise, die Beschlagnahme, die Zentralisation, die Lebensmitteldiktatur, die keine sei, und schließlich die Mobilmachung der gesamten Arbeitskräfte. Wir leben in der Zeit des Kriegssozialismus. Vom Standpunkte des Genossenschafters ist aber zu erklären, daß dieser Kriegssozialismus nicht zur Vergleichen ist mit dem Staatssozialismus. Es besteht indes die Gefahr, daß die Forderung entstehen wird, diesen Kriegssozialismus hinüber zu führen in die Friedenswirtschaft. Dessen Möglichkeit sei aber vom Standpunkte der Selbsthilf, wie sie das Genossenschaftswesen darstellt, abzuweisen. Wir befinden uns im Zeichen des Wirtschaftskrieges, durch den England uns niederringen will, so daß Deutschland seine wirtschaftliche Organisation vornehmen mußte unter dem Zeichen des geschlossen n Handelsstaates, daß es alle seine wirtschaftlichen Kräfte anspannen mußte. In dieser Entwickelung hat sich auf der einen Seite eine n ue Gruppe der Vermögensbildung vollzogen, der aber auf der anderen Seite eine Verarmung breiter Massen gegenüberst ht. Dieser ganzen Entwicklung zur Organisation der wirtschaftlichen Kräfte haben auch die Genossenschaften vorgearbeitet. Vieles bei uns ist von der Vollkommenheit noch weit entfernt, aber bei den Gegnern ist die Unvollkommenheit noch weit größer. Unserem v rhältnismäßig hohen Bildungsgrad von allen Schichten der Bevölkerung ist es zu danken, daß wir so durchgehalten haben und noch weiter durchhalten werden. Aus diesem hohen Bildungsgrad ist das hohe Pflichtbewußtsein erwachsen, daß uns siegen lassen wird. Von diesen Ausführungen aus betrachtete der Vortragende nun die Entwicklung des Genossenschaftswesens während des Krieges. Der Ausschuß des Verbandes hat das Hilfsdienstgesetz zum Gegenstand von Beratung n gemacht und ist sich darüber klar geworden, daß in einer Eingabe an den Bundesrat darauf hingewiesen werden muß, daß die Genossenschaftsarbeit als Hilfsdienst gewertet wird. Zu den Kriegsanleihen haben die Genossenschaften 3 Milliarden beigesteuert. Den Genossenschaften ist es auch zu verdanken, daß der kleine Mittelstand zu den Heereslieferungen h rangezogen werden konnte.

Weiter warf der Vortragende einen Blick auf die Tätigkeit der Baugenossenschaften während d s Krieges. Nach dem Kriege werden die notwendigen Ausbesserungen an den Bauten die Baugenossenschaften besond rs in Anspruch nehmen. Diejenigen Baugenossenschaften werden vom Kriege nicht nachteilig berührt werden, die im Gebiet der Kriegsindustrie sich befinden, anders ist es mit den übrigen Baugenossenschaften, bei denen die Voraussetzung nicht zutrifft. Die Mietsausfälle, über die 141 Genossenschaften berichten, sind während der Kriegszeit von 40 000 auf 215 000 Mk. Ende 1915 gestiegen. Die Baugenossenschaften würden gut tun, bald auf Abschreibungen der Mietsrückstände Bedacht zu nehmen od r eine Rücklage zu bilden. Die Mitgliederzahl der Baugenossenschaften hat sich im Großen und Ganzen erhalten, aber Vermögensv rluste werden sie haben, die sie zwar werden tragen können, aber vorsorgen müssen sie, daß die geschlagenen Wunden nicht v rgrößert werden. Man soll den Baugenossenschaften nicht den Rat geben: Baut Wohnungen! Das könnte verhängnisvoll werden. Heute sei man noch nicht in der Lage, überall festzustellen, wo Wohnungsbauten vorzunehmen sein werden, d nn es ist eben nicht möglich, ohne weiteres zu erkennen, ob sich das Bedürfnis hierfür heranbilden wird. In der Frage der Ansiedlung von Kriegsteilnehmern forderte auch dieser Redner die Festhaltung an den Grundsätzen, die für die innere Kolonisation und an den Grundsätz n, die für den Eigenbau der Baugenossenschaften maßgebend sind.

Der Geldmarkt wird nach dem Kriege ein sehr schwieriger sein. Die Baugenossenschaften w rden zunächst versuchen, an der bisherigen Höhe der Mieten festzuhalten. Im Durchschnitt werde man im allgemeinen mit einer Mietserhöhung von 25 v. H. zu rechnen haben. Die Baugenossenschaften sollten aber nicht von vornherein diese 25 Proz. Mietsteigerung in ihre Berechnungen hineinbeziehen, sondern erst bei Neubauten eine entsprechende Höhe der Mietspreise einsetzen. Die Kriegsgesetzgebung könne nur allmählich abgebaut werden. Wir wird mit den Löhnen nach dem Kriege werden? Ohne Kämpfe wird es bis dahin, wo wieder normale Verhältnisse eintreten, nicht abgehen. Ueber der Abrüstung des Heeres wird auch Jahr und Tag hingehen und also auch die Baugenossenschaften berühren. An der Steuergesetzgebung kann man ebenfalls nicht vorübergehen. Wenn der Krieg zu Ende ist und wir kommen durch ihn nur zu einer Schuldenlast von 100 Milliarden, einschließlich der Kriegsanleih n der Gemeinden usw., so haben wir jährlich 6 Milliarden für Verzinsung zu zahlen. Aber auch dieser Aufgaben werden wir Herr werden. Das Volksvermögen in Deutschland vor dem Kriege belief sich auf 880—890, in Frankreich 200—290 in England auf 300—360 Milliarden Mark. Die Steinkohlenförderung in Deutschland belief sich 1915 auf ¾ des Normalen. Auch w itere Ziffern zeigen, daß wir gegenüber unseren Gegnern günstig dastehen. Die bisherigen Kriegskosten beziffern sich auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland auf 82 Mk., in England auf 64 Mk. und in Frankreich auf 50 Mk. Die Zukunft stellt uns vor die Ueberwindung g waltiger Aufgaben, aber Deutschland wird in der Lage sein, sie zu bewältigen. Starkes wirtschaftliches Leben wird wieder eintret n, doch werden vielleicht schwere wirtschaftliche Forderungen gestellt werden, denn es dürfte der Ü bergang aus der Friedens- in die Kriegswirtschaft leichter gewesen sein, als der Uebergang aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft (Beifall.)

Verbandsrevisor Vogt-Hannover berichtete über die Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien. Er behandelte die Wohnungsverhältnisse und die Wohnungsbeschaffung vor dem Kriege und knüpfte daran die Frage, wie die Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien in der Zukunft zu lösen sei. Der Geburtenrückgang werde von der Gestaltung der Wohnungsfrage aufs stärkste beeinflußt. Kinderreichen Familien werde die Wohnungsbeschaffung sehr erschwert. Der Redner erörterte die diesen Vorschläge, die gemacht worden sind, um die Frage der Wohnungsbeschaffung für kinderreiche Familien befriedigend zu lösen. Die Baugenossenschaften können nicht hierfür besondere Grundsätze aufstellen, aber es sind bereits verschiedene Maßnahmen von einzelnen Genossenschaften zur Unterbringung kinderreicher Familien getroffen worden. Kinderreiche Familien können eine bestimmte Bevorzugung dadurch erfahren, daß die Anmeldungen bei den Baugenossenschaften bei Wohnungsbedarf zwar der Reihe nach, aber unter einer gewissen Berücksichtigung kinderreicher Familien erledigt werden. Solchen Familien soll eine gewisse Zahl von Wohnungen vorbehalten werden. Auch ein Mietnachlaß könnte solchen Familien gewährt werden. Praktische Arbeit ist auch bei den Baugenossenschaften möglich und schon geleistet worden. Allseitiges Verständnis für die Not kinderreicher Familien ist notwendig, die Kinder sind Deutschlands Zukunft. (Beifall.)

Stadv. Balcke-Halle hält die Heranziehung der Mittel der Privatversicherungsgesellschaften zur Herstellung von Wohnungen zum Zinsfuße, wie ihn die Landesversicherungsanstalten zugestanden haben, für notwendig. Um das zu erreichen, müsse staatliches Eingreifen gefordert werden. Weiter sollten kinderreichen Familien billigere Heimstätten gewährt werden. Um eine gesdiche Grundlage hierfür zu schaffen, sollte die Quote für die Tilgung des Hypothekenkapitals herabgesetzt werden, wenn auch die Häuser infolgedessen länger als 43 Jahre zu Buche stehen. Ferner sollten Gemeinde und Reich Wohnungsgeldzuschüsse an kinderreiche Familien gewähren. Die Verbandsleitung möge in diesem Sinne vorstellig werden.

Der Verbandsanwalt Dr. Crüger gab auch zu, daß es sich empfehle, die großen Kapitalien der Gesellschaften für den Wohnungsbau dienstbar zu machen, nur würde hierfür eine vorsichtigere Form gewählt werden müssen, als sie der Vorredner empfehle. Nach Dr. Crüger würden die Baugenossenschaften nach wie vor die Aufgabe haben, kinderreichen Familien zu entsprechenden Wohnungen zu verhelfen, aber sie selbst sollen nicht durch billigere Mieten einen Ausgleich schaffen, sondern Reich, Staat und Gemeinden sollen durch Zuschüsse zu den Lohn- und Gehaltszahlungen für kinderreiche Familien solchen Ausgleich herbeiführen. — Ein oldenburgischer Redner bezeichnete die Großstadtwohnung als Feind des Kindes. Die Bauvereine müssen mit dazu tun, daß die Verhältnisse besser werden. Eine Unterstützung kinderreicher Familien könne nicht durch Lohnzuschläge, sondern durch eine Versicherung geschehen, deren Renten in nennenswerter Höhe dem Vater Mut zum Kinde machen. Mit der Rente allein würde aber diese Frage auch noch nicht gelöst. Es käme darauf an, daß Wohnungen vorhanden sind, die dem Kinde das Gedeihen ermöglichen. Nicht der Bauverein, sondern die Gemeinde bezw. der Gemeindeverband müßten Wohnungen für kinderreiche Familien beschaffen. Die Gemeinde soll einer kinderreichen Familie einen entsprechenden Zuschuß zahlen.

Nach weiteren Erörterungen der von diesem Redner besonders ausführlich besprochenen Bevölkerungsfrage wurde der Verbandstag geschlossen, nachdem noch zugestimmt worden war, daß die Baugenossenschaften aus den Landesversicherungsanstalten Sachsen-Anhalt und Thüringen zu einem eigenen Revisionsverbande sich zusammenschließen. hm.

Nachdruck verboten.

Der Glücksbecher von Willerstein

45] Kriminalroman von A. von Panhuys

„Ich liebe die Gegenstände, die aus der Vergangenheit stammen, sie bringen soviel Erlebnis mit," sagte Komtesse Anne mit verträumtem Blick, „und ich würde, wenn ich viel Geld besäße, so viel liebe, schöne, alte Dinge aufkaufen, daß ich eigens dafür ein großes Gebäude errichten lassen müßte."

„Aber Mädel, wir können uns doch nicht beklagen, unser Schloß ist doch das reinste Altertumsmuseum," lachte der Graf.

„Als ich die Komtesse in Begleitung der Frau von Brinken in Frankfurt kennen lernte," erzählte Lorenz Hammerschlag, „gingen wir miteinander bis zum Römerberg, und damals blieb die Komtesse vor dem Schaufenster des Antiquars stehen, in dem der Becher, der Glücksbecher, wie Sie ihn hier nennen, ausgestellt war. Sie äußerte dabei, so einen Becher besäße man bei ihr daheim, ohne damals zu ahnen, daß es sich gerade um diesen Becher handelte. Der Becher gefiel mir ausnehmend, und als die Damen, die sich einen Wagen nahmen, fortgefahren waren, kaufte ich den Becher."

Eifersucht schoß dem blonden Gisbert Hoff ins Blut, denn ihn hatte Komtesse Anne niemals so angesehen wie jetzt diesen großen Mann, in dessen Augen ein Leuchten war, seit dem Moment, da Komtesse Anne erschienen.

Oh, wie bereute er es, Lorenz Hammerschlag hierher geführt zu haben!

Aber vielleicht war er ein Narr, der Dinge sah, die es gar nicht gab. Er mußte versuchen, die Komtesse allein zu sprechen, denn schließlich kam der bürgerliche Lorenz Hammerschlag kaum in Betracht.

Nach Tisch trank man im Nebenraume Kaffee und Seine Erlaucht bat Frau von Brinken in sein Zimmer, damit sie vorbringe, was sie bedrücke.

Malvine von Brinken saß wie aus Holz geschnitzt auf dem Stuhle, den ihr der Graf angeboten, und es dauerte geraume Zeit, bis sie halblaut hervorbrachte:

„Verzeihen Sie mir, Erlaucht, daß ich Komtesse Anne vor einigen Wochen nicht besser behütete. Aber Sie wissen, Erlaucht, die Komtesse ist eigenwillig, und ich konnte nichts dagegen tun, als sie darauf behärrte, dieser Herr, den wir beim Betrachten des Steinze-Denkmals kennen lernten, solle uns durch die alten Gassen führen."

„Aber Frau von Brinken, wenn Sie weiter keine Sorgen haben, die Sünde vergeben ich Ihnen auf der Stelle," lachte der Graf.

„Komtesse Anne fand sichtlich Gefallen an diesem Herrn Lorenz Hammerschlag," preßte Malvine von Brinken heraus. „Sie scheinen eine etwas sehr lebhafte Phantasie zu besitzen, Frau von Brinken."

Sehr kurz und scharf kam es aus dem Munde Seiner Erlaucht.

Malvine von Brinken knickte zwar um eine weniges zusammen, aber trotzdem wagte sie weiterzusprechen.

„Erlaucht, ich möchte das, was ich soeben behauptet habe, doch aufrecht erhalten und mir außerdem noch gestatten, Sie darauf aufmerksam zu machen, Erlaucht, daß Herr Hammerschlag, wie er uns in Frankfurt selbst mitteilte, aus einer der bescheidensten Gassen des ältesten Frankfurter Stadtviertels stammt, in dem nur ganz kleine Leute hausen."

So, nun hatte sie ihren Trumpf ausgespielt, und mit noch oben himmelnden Augen wartete sie ab, wie sich Seine Erlaucht zu dem, was sie ihm verraten, stellen würde.

Der Graf erhob sich, schwer und breitschultrig pflanzte er sich vor der Dame auf und dann schleuderte er ihr seine Auffassung gleich einem scharfen Pfeil zu.

„Sehr verehrte Frau von Brinken, man könnte fast meinen, Sie seien aus demselben Jahrhundert übrig geblieben, wie der Glücksbecher, denn in unserer klardenkenden Zeit hat man doch mit solchen albernen Vorurteilen längst gebrochen. Man kann Traditionen und Kronen achten, aber man muß sie ebenso doch, wenn nicht höher einschätzen, die Menschen, die sich durch eigenes Verdienst in der Welt emporarbeiten. Und wenn Herr Hammerschlag wirklich aus niedrigen Verhältnissen kommt, so muß man ihn bewundern, denn seine Name ist bekannt im Deutschen Reich und noch weithin in andere Länder gedrungen. Wer Lorenz Hammerschlag ist, wissen viele, wer Graf Zettingen-Willerstein ist, wissen nur wenige."

Malvine von Brinken war zumute, als überrieselte sie ein Hagelschauer. Also so dachte Seine Erlaucht, Graf Ferdinand von Zettingen-Willerstein! Das. — das hätte sie einfach nicht für möglich gehalten. So dachte ein Mann, der genügend Ahnen aufzuweisen hatte, um damit ein Dutzend neugeadelter Familien reichlich zu versehen!

„Erlaucht, ich bitte, mir zu gestatten, mich zurückzuziehen, meine Migräne meldet sich."

* * *

Mit fahlen Wangen hatte sich Malvine von Brinken in ihr Zimmer begeben und Anne war froh, daß sie sich nicht wieder einfand, um mit mitleidsvollem Spöttelblick jede ihrer Mienen zu beurgrühren.

Der Graf war durch die Reden der Gesellschaftsdame doch etwas stutzig geworden und ab und zu flog sein Blick zwischen Lorenz Hammerschlag und Anne hin und her.

Sie unterhielten sich über allerlei Altertümer, und dabei machte Seine Erlaucht die Entdeckung, daß zwei Augenpaare zuweilen viel wärmer ineinandertauchten, als es unbedingt notwendig war. Frau von Brinken hatte, wenn er sich nicht sehr irrte, scheinbar recht. Da spannen sich Fäden zwischen zwei Herzen an.

Ach, lächerlich, wehrte er gleich darauf seinen eigenen Gedanken, sein Neitkätchen war weit von dergleichen entfernt, die törichte Schwatzerei der Brinken hallte nur noch in ihm nach und beeinflußte ihn. Dummes Zeug, die Anne gab sich zu Lorenz Hammerschlag wie zu jedem anderen Herrn auch.

Gisbert von Hoff plauderte krampfhaft mit der älteren Komtesse und die Eifersucht auf den reichen Lorenz Hammerschlag wucherte in seinem Innern empor gleich einer Giftblume. Komtesse Anne widmete sich ja diesem Manne, als existiere niemand mehr weiter.

Förmlich verblüffend war das.

Der Graf meinte lächelnd:

„Und nun äußern Sie sich, meine Herren, wie die Rückgabe des Bechers vor sich gehen soll. Ich halte es für das einfachste, ich kaufe Herrn Hammerschlag den Becher für die Summe, die er dafür gezahlt hat, ab."

Gisbert von Hoff nickte.

„So denke ich ebenfalls."

Lorenz Hammerschlag saß nachdenklich.

„Könnten wir die Sache nicht anders ordnen, Erlaucht? — Sehen Sie, das Wort „Glücksbecher" hat mich elektrisiert und kleine abergläubische Regungen, die irgendwo auf dem Grunde meines Herzens schliefen, aufgerüttelt. Ich trage nun auch Verlangen nach so einem Glücksbecher und deshalb unterbreite ich Ihnen den Vorschlag, Erlaucht, mir den neu angefertigten Becher für den anderen einzutauschen. Selbstverständlich trage ich die Mehrkosten, die auf dem neuen Becher ruhen."

Seine Erlaucht fand den Vorschlag sofort sehr annehmbar. Der neue Becher war ja nun für ihn gewissermaßen wertlos geworden, außerdem war er mit dreihundert Mark mehr belastet als der echte. Und dreihundert Mark rechneten bei ihm immerhin mit.

Lorenz Hammerschlag freute sich sichtlich über die in seinem Sinne ausgefallene Antwort.

„Wollt Ihr Herrn Hammerschlag nicht einmal unsern Park zeigen, Mädels?" schlug Seine Erlaucht vor.

„Da blickte ich mich gern an," rief Gisbert von Hoff und er dachte dabei eine Gelegenheit zu erhaschen, mit Komtesse Anne ein paar Worte zu wechseln, die ihm alle Kniffe trotzdem verboten wie ein starker Korkpfropf.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191612122-13/fragment/page=0003

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung

Halle, 11. Dezember 1916.

Vorsitzender: Stadtv.-Vorsteher Justizrat Dr. Keil.

Zunächst erfolgt die Einführung des Stadtv. Bergrat Fabian, der, aus dem Kriege zurückgekehrt, erst jetzt in die Versammlung eintritt, durch Oberbürgermeister Dr. Rive und Vorsteher Dr. Keil.

Stadtv. Kobe, der über 10 Jahre der Versammlung angehörte, erbittet seine Entlassung aus dem Amte eines Stadtverordneten, weil er nach dem Ableben des Amtsrats Nagel allzusehr mit den Angelegenheiten der Firma Gebr. Nagel befaßt werde, so daß es ihm nicht mehr möglich wäre, seine Obliegenheiten als Stadtverordneter zu erfüllen. Die Versammlung erhebt keinen Einspruch.

Nach Eintritt in die Tagesordnung werden nach Befürwortung durch die Berichterstatter Stadtvv. Borchert und Daniel die Haushaltpläne der Stiftung Adelheidsruh, der Brumhard-, der Ehrlichschen und der Kaiser-Wilhelm- und Kaiserin-Auguste-Viktoria-Stiftung nach den Vorschlägen des Magistrats genehmigt.

Verzicht auf das Rechtsmittel der Berufung in einer Enteignungssache. Hierüber berichtet Stadtv.-Vorsteher-Stellv. Justizrat Dr. Führing. Durch soll von der Einlegung der Berufung gegen das Urteil des Landgerichts in der Enteignungssache Stohe und Gen. vom 26. Oktober 1916 Abstand genommen werden. Es handelt sich um zwei Parzellen von 197 und 350 Quadratmetern Größe, welche von dem Ackerplane Ecke Landrain und Weg nach der Stadtgärtnerei zum Landrain zu enteignen sind. Auf den Vorschlag der Sachverständigen Kortüm und Knoch, welche den Wert auf 6—7 Mk. je Quadratmeter schätzten, hatte der Bezirksausschuß die Entschädigung auf 7 Mk. je Quadratmeter = 3829 Mk. festgesetzt. Auf die Klage der Stadt, deren Erhebung die städtischen Körperschaften beschlossen, hat nunmehr das Urteil des Landgerichts die Entschädigung auf 6 Mk. je Quadratmeter = 3282 Mk. herabgesetzt, obwohl der in dem Prozeß gehörte Sachverständige Baumeister Wolff die von der Stadt bewilligte Entschädigung von 5 Mk. je Quadratmeter = 2735 Mk. für angemessen erklärt hatte. Die Spannung zwischen der durch Urteil festgesetzten und der von der Stadt bewilligten Entschädigung beträgt 547 Mk.; sie ist zu gering, um eine weitere Verfolgung der Sache durch Einlegung eines Rechtsmittels zu rechtfertigen, zumal dessen Erfolg angesichts der Schätzungen der Sachverständigen des Bezirksausschusses recht zweifelhaft erscheint. Die Kosten, welche der Anleihe von 1910 zu entnehmen sind, kommen mit den übrigen Kosten des Straßenausbaues zur Einziehung von den Anliegern. — Die Stadtverordneten beschließen entsprechend.

Spende zum Einzug der Mannschaften der Fliegerstation

Nach den neuesten Anordnungen des Kriegsministeriums wird die hiesige Fliegerstation bereits Mitte Dezember d. J. mit 880 Mann und 10 Offizieren belegt. In Friedenszeiten wäre dieser Tag besonders gefeiert worden, jetzt im Kriege ist keine Zeit für Feste. Der Magistrat möchte jedoch der allgemeinen Freude dadurch Ausdruck geben, daß jetzt für die einziehenden Mannschaften 8000 Mark zur Verfügung gestellt werden. Dem Offizierskorps soll dann in Friedenszeiten ein Geschenk, voraussichtlich ein Ausstattungsstück, gestiftet und der bez. Antrag seinergeit vorgelegt werden. Beim Einzuge des 75. Feldartillerie-Regiments im Jahre 1899 wurden insgesamt 4000 Mk. für Festlichkeiten und Geschenke bewilligt. Die 8000 Mk. sollen dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds entnommen werden. — Oberbürgermeister Dr. Rive weist zurückerinnernd darauf hin, daß 1899 beim Einzuge des Feldartillerie-Regiments Nr. 75 die Bevölkerung der Stadt Halle freudig bewegt gewesen sei. Auch jetzt werde der Einzug der Mannschaften der Fliegerstation mit Freude begrüßt, freilich unter andern, ernsteren Umständen wie damals. Wir heißen sie willkommen. — Stadtv. Osterburg lehnt im Hinblick auf die Lage der Einwohnerschaft namens seiner Freunde diese Spende ab, während die Stadtvv. Geheimrat Dr. Finger, Frost und Manschewsky für möglichst einstimmige Bewilligung eintreten. Der letztgenannte Redner rechnet diese Spende unter das Kapitel Liebesgaben. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wird die Spende bewilligt. — Stadtv. Frost als Berichterstatter tritt warm für die Bewilligung ein.

Verpachtung der Wirtschaften Wittekind und Zoologischer Garten

Der Magistrat hat beschlossen, dem Gastwirt L. Kunze die Wirtschaften des Bades Wittekind und des Zoologischen Gartens vom 1. Januar 1917 ab auf drei Jahre zu den Bedingungen seines Sammelangebots vom 5. November 1916 zu verpachten. Demgemäß beträgt der Pachtzins: für Wittekind 7000 Mk. Pacht, 10 000 Mk. Musikbeitrag, 3000 Mk. für Zimmervermietung; für den Zoologischen Garten 3000 Mk. Pacht und die Hälfte der aufzuwendenden Konzertkosten. Auf den Pachtzins für den Zoologischen Garten werden bis 6 Monate nach Friedensschluß 26 vom Hundert Ermäßigung gewährt (= 750 Mk. jährlich). Nach der Begründung durch die Berichterstatter Stadtvv. Blumentritt und Frost waren auf die öffentliche Ausschreibung der Verpachtung beider Wirtschaften 9 Angebote eingegangen, von denen das günstigste, das des Oekonomen Korn in Frankfurt a. d. Oder in Betracht gezogen wurde. Die Verhandlungen mit Korn haben sich jedoch kurz vor Abschluß zerschlagen, weil er den verlangten Vermögensnachweis nicht erbringen konnte. Ein inzwischen vom Hochbauamt vorgelegter Plan über die bauliche Umgestaltung des Bades und des Zoologischen Gartens veranlaßte den Magistrat unter Außerachtlassung der übrigen, sämtlich eine fünfjährige Pachtzeit bedingenden Angebote mit dem bisherigen Pächter von Wittekind wegen Uebernahme auf drei Jahre zu verhandeln. Sein dahingehendes Angebot ist unter den gegebenen Verhältnissen als angemessen zu bezeichnen. Es gibt vor allem die Möglichkeit, die Baupläne bezüglich beider Wirtschaften in nicht allzuferner Zeit, unter Umständen sogar vor Ablauf von drei Jahren zu verwirklichen, ohne daß der Stadt große Opfer für Abfindung des Pächters zugemutet werden. In wirtschaftlicher Beziehung ist Kunze als zuverlässig bekannt. — Stadtv. Andag wünscht, daß die Pläne zeitig genug vorgelegt werden möchten, um mit den Arbeiten bald nach Kriegsende beginnen zu können. — Stadtv. Käppel hält es für ungerecht, daß der Pächter des Zoologischen Gartens, Herr Schrade, in 14 Tagen herausgesetzt werden soll, man solle ihm vielmehr zum Pachtpreise von 6500 Mk. den Zoologischen Garten weiterhin verpachten bis nach Beendigung des Krieges. Die Berichterstatter sowie Stadtrat Engelcke treten dafür ein, daß die beiden Gastwirtschaften einem einzigen Bewerbe, Herrn Kunze, verpachtet werden. — Stadtv. Achtelstädter erklärt sich für den Vorschlag des Stadtv. Käppel, während Vorsteher Justizrat Dr. Keil die Zurückverweisung der Vorlage an den Magistrat, soweit die Verpachtung des Zoologischen Gartens in Frage steht, vorschlägt. — Stadtv. Käppel bittet, daß wenigstens auf ein Jahr die Weiterverpachtung des Zoologischen Gartens an Schrade erfolgt. — Oberbürgermeister Dr. Rive bemerkt, daß es sich nicht um die Verlängerung des Pachtvertrages auf ein Jahr, sondern um die Verpachtung auf drei Jahre handelt. Auf die von Ausstellungen bei Stadtv. Kühme, der die kurze Frist bemängelt, die nur gelassen wurde zwischen der Verhandlung über die Verpachtung und den Ablauf derselben Ende Dezember d. J., erwidert der Oberbürgermeister, daß der bisherige Pächter des Zoologischen Gartens aus dem Umstande, daß mit ihm nicht über die Weiterverpachtung verhandelt worden ist, hätte schließen müssen, das Pachtverhältnis mit ihm werde nicht mehr erneuert werden. — Auf Antrag des Stadtv. Emmer wird die Weiterverhandlung über die Vorlage in die nichtöffentliche Sitzung verlegt.

Dem Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft werden 3000 Mk. als Beihilfe zur Einrichtung des Säuglingsheims Volkstraße 8 bewilligt. — Berichterstatter Stadtv. Dok.

Erwerbslosenfürsorge

Hierüber berichten die Stadtvv. Dr. Scheithauer und Hennig. Mit einigen Veränderungen wird die Vorlage des Magistrats angenommen. Der unverbeiratete Erwerbslose soll 1 Mk. täglich, der verheiratete 1,50 Mk., Frauen und Mädchen 80 Pfg., Kinderzuschuß 40 Pfg. für jedes Kind unter 15 Jahren. Die Mehrausgabe wird 8000 Mk. jährlich betragen, wovon der Staat die Hälfte oder bis zu zwei Dritteln zurückerstattet. Weitergehende Anträge werden abgelehnt.

Nachbewilligung. Zur Deckung der bei der Kaiser-Wilhelm- und Kaiserin-Auguste-Viktoria-Stiftung im Rechnungsjahre 1915 entstandenen Ausgaben werden 427,10 Mk. bewilligt. — Berichterstatter Stadtv. Daniel.

Beihilfe zur Mietszahlung. Ein Gesuch des Schlossermeisters (Landsturmmannes) Hermann Claaßen um Bewilligung einer Mietbeihilfe wird an die zuständige bisherige Kriegsunterstützungs-Kommission verwiesen. — Berichterstatter Stadtv. Kühme.

In die Blumhardtstiftung wird an Stelle der verstorbenen Frau Geheimen Kommerzienrat Lehmann die verw. Frau Lehmann, Witwe des Bankiers Ludwig Lehmann, als Mitglied gewählt.

Schulspeisung

Ein Dringlichkeitsantrag ist der folgende:

Die Stadtverordneten-Versammlung wird gebeten, der unentgeltlichen Durchführung der Kinderspeisung und Verrechnung der hierdurch entstehenden Ausgaben auf Kriegsrechnung zuzustimmen.

Mit Rücksicht auf die schwierigen Ernährungsverhältnisse, insbesondere für die minderbemittelte Bevölkerung und um einer drohenden Unterernährung gerade des heranwachsenden Geschlechts vorzubeugen, hat der Magistrat beschlossen, die Kinderspeisung einzuführen, und zwar ist beabsichtigt, diejenigen Kinder, bei denen eine Unterernährung festgestellt ist oder bezüglich deren feststeht, daß sie eine ausreichende Beköstigung durch ihre Angehörigen nicht erhalten, unentgeltlich durch die Stadt zu beköstigen. Nach den bisherigen Ermittelungen kommen zunächst etwa 200 Schulkinder für diese Speisung in Betracht. Die durch die unentgeltliche Beköstigung dieser Kinder entstehenden Kosten werden täglich etwa 700 Mk. oder monatlich rund 20 000 Mk. betragen und fallen, da es sich um eine reine Kriegsmaßnahme handelt, der Kriegsrechnung zur Last. Nachdem nunmehr die Schwierigkeiten in der Beschaffung der notwendigen Kocheinrichtungen überwunden sind, soll tunlichst schon in dieser Woche mit der Speisung begonnen werden. Aus diesem Grunde wird um Beschlußfassung in der Sitzung am Montag, den 11. Dezember dieses Jahres, gebeten, damit eine besondere Sitzung vermieden wird.

Hierüber berichtet Stadtv. Hennig. — Stadtrat Dr. Kinne führt aus, daß die Auswahl der Kinder durch die Lehrerschaft, den Schularzt und die Armenkommission bewirkt worden sei. Fleisch- und Kartoffelkarten müßten in Anrechnung gebracht werden. Die Vorlage wird widerspruchslos angenommen.

Provinz Sachsen und Umgebung

Der Krieg und die Krieger

— **Dresden,** 11. Dez. (General der Infanterie Graf Vitzthum von Eckstädt†.) In seiner Besitzung Waldhaus in Kl.-Zschachwitz bei Dresden starb am Sonnabend der frühere kommandierende General des 19. Armeekorps Alexander Konstantin Graf Vitzthum von Eckstädt im Alter von 70 Jahren. Er entstammte einer militärischen Familie und wurde als Sohn des Majors Vitzthum von Eckstädt am 7. Juli 1846 in Schloß Fantaisie bei Bonneruh geboren. 1866 in die sächsische Armee als Leutnant eingetreten, machte er die Feldzüge von 1866 und 1870 mit, wurde dann Hauptmann und Kompagniechef im Jäger-Bataillon Nr. 12, 1882 Major, 1886 Bataillonskommandeur, 1888 Oberstleutnant und Kommandeur des Jäger-Bataillons Nr. 13, 1890 Flügeladjutant des Königs Albert, 1892 Oberst und Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 139, 1896 Generalmajor und Kommandeur der 6. Infanterie-Brigade, 1899 Generalleutnant und Kommandeur der 1. Division bzw. 1901 der 4. Division. Nach seiner Ernennung zum General der Infanterie wurde er 1903 an die Spitze des 19. Armeekorps berufen. Im Jahre 1907 nahm er seinen Abschied. Durch Verleihung zahlreicher hoher Orden wurden seine militärischen Verdienste anerkannt.

o. Trebitz a. P. 11. Dez. (Auszeichnungen:) Der im Osten kämpfende Vizewachtmeister Emil Sickert, Sohn des Herrn Amtsvorstehers Emil Sickert, ist zum Leutnant der Reserve befördert worden. Mit dem eisernen Kreuz wurde er schon vor längerer Zeit ausgezeichnet. Die gleiche Auszeichnung erhielt außer den schon früher gemeldeten Kriegsteilnehmern auch der Schmiedemeister Karl Männtbeck, welcher als Fahnenschmied auf dem östlichen Kriegsschauplatze weilt.

tzk. Bühneck, 11. Dez. (In russischer Gefangenschaft) Ein Lehrer aus einem Nachbarortz, der zum Heere eingezogen war und an der Ostfront mitfocht, geriet zu Beginn des Jahres in russische Gefangenschaft. Er wurde in Rußland zunächst zur Beaufsichtigung der Schweineherden angestellt, aber bald nahm sein Geschick eine glückliche Wendung. Ein „Doktor", also vermutlich ein besser gestellter Gefehrter, der seinen Sommerurlaub auf dem Land verbracht, entdeckte die für einen Schweinehirten nicht durchaus notwendige gute Vorbildung des Feldgrauen, nahm ihn mit sich und machte ihn zum Musik- und Sprachlehrer für seine Kinder.

tzk. Füritz, 11. Dez. (Nach 19 Monaten das erste Lebenszeichen.) Der seit Mai 1915 als gefallen gemeldete Musketier Karl Heublain aus Füritz (Kreis Schneeberg) gab jetzt nach 19 Monaten Gefangenschaft in Rußland seinen Angehörigen das erste Lebenszeichen.

Industrie- und Verkehrsfragen

— **Erfurt,** 11. Dez. (Verkehrseinschränkung.) Die von der Eisenbahnverwaltung angekündigten weiteren Verkehrseinschränkungen im Personenverkehr treten im Eisenbahndirektionsbezirk Erfurt am 11. Dezember in Kraft. Diesmal werden in der Hauptsache die Nebenbahnen betroffen.

Verschiedene Nachrichten

tzk. Kauernbdorf, 11. Dez. (Laßt die Leitungshähne nicht geöffnet!) In Kauernbdorf (Altenburger Ostkreis) wurde infolge fahrlässigen Offenlassens der Wasserleitungshähne das neue Schulhaus derart unter Wasser gesetzt, daß es vom 2. Obergeschoß bis in die Kellerräume in einen See verwandelt wurde. Wände und Decken sind stark beschädigt worden.

— **Quedlinburg,** 11. Dez. (15 jugendliche Räuber.) meist 18- bis 20jährige Arbeiter, haben bei mehreren Firmen Geld, Briefmarken, Zigarren und eine große Anzahl von Säcken gestohlen. Auch vom Lebensmittelvorrat der Stadt nahmen sie Konserven. Sie wurden zu Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu 2½ Jahren, einer von ihnen zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt.

tzk. **Lobenstein,** 10. Dez. (Aufsehen erregender Selbstmord einer Kommerzienrätin.) Im nahegelegenen Rodacherbrunn erschoß sich die Villenbesitzerin, Frau verw. Kommerzienrat Freyburg aus Leipzig. Der Fall erregt in der Umgegend großes Aufsehen, da die Villenkolonie in großem Ansehen steht. Der „Reußischen Landeszeitung" wird vermutet, daß Frau Freyberg die für eine deutsche Frau verabscheungswürdige Tat begangen hat, um sich einer Bestrafung zu entziehen, die sie wegen unerlaubten Verkehrs mit Kriegsgefangenen zu gewärtigen hatte.

Börsen- und Handelsteil

Devisenkurse

Berlin, 11. Dezbr. Die telegraphischen Auszahlungen stellen sich heute für

	Geld	Brief
New-York	5.77	5.79
Holland	238¾	239¾
Dänemark	164	164¾
Schweden	171¾	172¾
Norwegen	167¼	167¾
Schweiz	116⅞	117¼
Oesterreich-Ungarn	63⅞	64⅛
Bulgarien	79½	80½

Berliner Börsenstimmungsbild

Berlin, 11. Dez. Wie schon bisher, so scheint auch in der neuen Woche ausgeprägte Zurückhaltung und Geschäftsstille das Bemerkenswerteste an der Börse zu bilden, denn bei ganz unwesentlichen Kursveränderungen waren fast alle Märkte verdöst. Eine Ausnahme bildeten zeitweise nur Schiffahrtsaktien, für die sich bei weiter anziehenden Kursen Kauflust zeigte.

Produktenbericht

Berlin, 11. Dez. Die Geschäftsstille in Rüben hält an, da das Angebot infolge der Verkehrsschwierigkeiten und der höheren Richtpreise in anderen Bundesstaaten, die die Ware vom Berliner Markt abziehen, kaum nennenswert war. Auch die mangelnden Zufuhren von Heu machen sich sehr unangenehm bemerkbar und die Tendenz zeigt sich immer mehr zugunsten der Abgeber. Am Saatenmarkt bestand Interesse für Serradella und Kleesaat.

Letzte Telegramme

Kaiser Karl zur Huldigung des Reichstags in Pest

Wien, 11. Dez. Der Kaiser hat sich heute nacht in Begleitung des Ersten Oberhofmeisters Fürsten Montenuovo und anderer Hofbeamten nach Pest begeben, um die Huldigung des Reichstags entgegenzunehmen.

Schließung feindlicher Banken und Handelshäuser in England

Rotterdam, 11. Dez. Der politische Mitarbeiter der „Times" ist ermächtigt, mitzuteilen, daß die Regierungspartei zur Schließung der feindlichen Banken und Handelshäuser übergehen wird. Bonar Law hat als Schatzkanzler bereits beschlossen, die Namen aller feindlichen Firmen zu veröffentlichen.

Der Fleischverbrauch in Italien

Rom, 11. Dez. (Stefani.) Durch königlichen Erlaß wird der Fleischverbrauch der Kontrolle der Regierung unterstellt. Vom 1. Januar 1917 an wird ein besonderer Ausschuß für jede Provinz die Zahl der Schlachttiere festsetzen. Donnerstag und Freitag wird jeder Fleischverkauf verboten sein. Der Verkauf von Geflügel wird auf drei Wochentage beschränkt. Es werden Maßnahmen getroffen werden, um die Fleischversorgung kranker Personen sicherzustellen.

*

Wiederholt. Schon in einem Teil der gestrigen Nachmittags-Ausgabe enthalten.)

Der Bericht des Großen Hauptquartiers

Großes Hauptquartier, 11. Dezember.

Westlicher Kriegsschauplatz

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Auf beiden Ufern der Somme hat sich gestern die Kampftätigkeit der Artillerie erheblich gesteigert.

Auch an der Front nordwestlich von Reims nahm vom Mittag an das feindliche Feuer zu.

Heeresgruppe Kronprinz

Durch umfangreiche Sprengungen an der Butte de Mesnil (Champagne) und bei Vaux-Vraucourt (Argonnen) zerstörten wir beträchtliche Teile der französischen Stellung.

Auf dem Ostufer der Maas wirkten unsere schweren Geschütze gegen Gräben und Batterien des Feindes.

An der Verdun-Front wurden durch Abwehrfeuer im Luftkampf sieben feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern

Keine größeren Kampfhandlungen.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph

Nördlich des Tartaren-Passes (in den Waldkarpathen), im Bistritz-Abschnitt nordöstlich von Jacobeny, am Muncelul (im Gyergyo-Gebirge) und zu beiden Seiten des Trotosul-Tales griff auch gestern der Russe wieder mit starken Kräften, aber ohne jeden Erfolg an.

Ein Vorstoß deutscher Patrouillen nördlich des Smotrec brachte 14 Gefangene und einen Minenwerfer ein.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen

Die Verfolgung der Armeen findet an einzelnen Stellen Widerstand. Er wurde gebrochen.

Die Bewegungen vollziehen sich trotz strömenden Regens, aufgeweichten Bodens und aller Brückenzerstörungen in der beabsichtigten Weise.

Wir machten erneut mehrere tausend Gefangene.

Mazedonische Front

Der 10. Dezember stellt sich als ein weiterer schwerer Mißerfolg der Entente an einem Kampftage dar, an dem der Feind sehr erhebliche artilleristische und auch infanteristische Kräfte eingesetzt hat. Alle Angriffe der Franzosen und Serben zwischen Dobromir und Makovo scheiterten an der zähen Widerstandskraft deutscher und bulgarischer Truppen.

Insbesondere tat sich in den Kämpfen um die Höhen östlich von Paralovo das ostpreußische Infanterie-Regiment Nr. 45 hervor.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Verantwortlich:
Für den politischen Teil i. V.: Dr. Simon; für Provinz, Börsen- und Handelsteil: M. Ebeling; für Oertliches, Gerichtssaal, Kongresse und Sport: H. Mieschner; für den übrigen Teil: Dr. Simon; für den Anzeigenteil: G. Kaulhahn, sämtlich in Halle (Saale).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191612122-13/fragment/page=0004